



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 27. September 2011
Omar Ibnulkatab Moschee, Henkellstraße 8, 65187 Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Stefan Spallek (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr	Ende: 18:50 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 16/11 (Drucksachenband 160)

Drucksachenlisten DL Nrn. 24/11 (Drucksachenband 161)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Herr Maierl, Bürgerliste Wiesbaden, möchte zu Punkt 8 (Fördermittelvergabe Ausländerbeirat) wissen, wie sichergestellt werden soll, dass keine Mittel an Milli Görüs gezahlt werden.

Zur Bürgerfragestunde meldet sich ein Bürger zu Wort, der zu den Punkten 6 und 7 der TO (Mehr Transparenz durch Rathaus-TV) wissen möchte,

- wie sichergestellt werden soll, dass sich interessierte Bürger/innen informieren können,

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- was höher eingestuft wird - das Persönlichkeitsrecht des Stadtverordneten oder das Informationsbedürfnisses des Bürgers,
- warum Tonprotokolle nicht veröffentlicht werden.

Gunnar Lange berichtet, dass die Idee, mehr Transparenz durch Rathaus-TV zu schaffen, sehr gut sei. Er hofft, dass sich der Ausschuss dafür entscheidet.

Stv. Göttenauer, der ebenfalls als Zuschauer anwesend ist, möchte auch wissen, wie die Transparenz für interessierte Bürger/innen sichergestellt werden kann.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

öffentliche Sitzung

0076 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0077 Vorstellung der Arbeit des Moschee Vereins

Vors. Spallek bedankt sich für die Möglichkeit, die Sitzung in der Moschee durchzuführen.

Herr Dr. El-Hossny stellt den Moschee-Verein vor.

Einstimmig

0078 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift wird mit der von Linke&Piraten genannten Änderung genehmigt.

Einstimmig

0079 11-F-33-0029

Präventionsprogramme der Landeshauptstadt Wiesbaden
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 19.09.2011 -

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Schickel begründet den Antrag. Es habe 3 spektakuläre Fälle mit Todesfolge gegeben. Man wolle sich mit der Vorbeugung beschäftigen. Es gäbe z. B. teilweise unerkannte Konflikte z. B. auf Schulhöfen. Der Überblick über die Präventionsmaßnahmen fehle, Projekte seien aber schon in der Entwicklung.

Durch den Antrag soll ein Überblick erstellt werden. Danach wird man schauen müssen, ob es Defizite gibt und man nacharbeiten muss.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass Frau Stadträtin Zeimetz darum bittet, den Bericht schriftlich vorlegen zu dürfen.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0080 11-F-08-0044

Beteiligung der Ortsbeiräte
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 20.09.2011 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass der Ausschuss zwar grundsätzlich für Bürgerbeteiligung zuständig sei, aber bei diesem Antrag der bauplanerische und damit einhergehend auch der spezielle rechtliche Aspekt nicht außer Acht gelassen werden darf.

Er schlägt daher vor, den Antrag an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr zu überweisen.

Stv. Schickel weist auf unbestimmte Rechtsbegriffe hin, z. B.: „--so rechtzeitig zu beteiligen“ - das ist auslegungsfähig. Es sollten ja nicht nur Dinge abgewickelt werden, die Ortsbeiräte hätten aber wenig Entscheidungsbefugnisse. Man sollte es dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr überlassen, weil die Kollegen dort Fachleute für diesen Bereich seien.

Stv. Seipel-Rotter ist mit der Überweisung einverstanden.

Einstimmig

0081 11-F-33-0030

Elternbeiräte
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 15.09.2011 -

Stv. Schickel begründet den Antrag, bei dem eine Anregung aus dem Frankfurter Raum aufgegriffen wurde. Dort werde speziell Werbung gemacht, dass sich Eltern mit Migrationshintergrund an der Arbeit als Elternbeirat beteiligen.

Es gäbe noch immer eine ziemliche Zurückhaltung und deshalb halte er Werbung für angebracht. Wenn eine solche Anregung von der Stadt käme, hätte das einen anderen Stellenwert.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Dr. Wittkowski hält den Antrag für sinnvoll, weist aber darauf hin, dass man einen anderen Slogan wählen sollte.

Einstimmig

Die Punkte 6 und 7 (Beschluss Nr. 0082 und 0083) werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.

0082 11-F-08-0030

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch
Rathaus-TV
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 23.08.2011 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag und berichtet, dass er dazu eine Fach-Meinung hören und einen Experten einladen wollte. Es sei aber im Moment noch kein Problem, weil man noch nicht bei der technischen Umsetzung sei.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass er bei dem politischen Hintergrund den Experten nicht einladen wollte. Er möchte, dass die Fachleute keine direkte Verbindung zum politischen Umfeld haben. Wenn der Ausschuss das beschließen könnte, könnte man gern Experten einladen.

Stv. Kisseler begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er hält mehr Transparenz für gut und richtig. Wenn jetzt aber Bürger/innen an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung kommen wollten könnte es vorkommen, dass die Empore zu voll sei. Er halte es für sinnvoll, dass man barrierefrei teilnehmen kann. Bei einigen Punkten im Antrag von Linke&Piraten habe er Bedenken - deshalb der Änderungsantrag

Lt. Stv. Schickel rennt man mit diesem Antrag offene Türen ein - es sei ein weiterer Punkt auf dem Weg zu mehr Transparenz. Es gäbe aber auch Barrieren bei der Fachlichkeit. Er gebe ehrlich zu, dass er fachlich überfordert sei - er brauche kompetente Beratung. Es müsste z. B. geklärt werden, was das die LHW koste (Kosten-/Nutzenverhältnis). Er plädiert dafür, sachkundige politisch neutrale Fachleute einzuladen und sich über die technischen Möglichkeiten und die Kosten zu informieren. Dazu wäre es sinnvoll, den Antrag unter Hinzuziehung von Fachleuten erst im nächsten Sitzungszug zu beraten.

Stv. Weck ist auch für das Verschieben der Beratung. Er hegt gewisse Bedenken, da nicht klar ist, wie viele Menschen z. B. die Bundestagsdebatte in Phönix anschauen. Bei den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung ist das Interesse bei Personalentscheidungen groß, ansonsten aber eher untergeordnet. Die Stadtverordnetenversammlung sei zu dem ein Verwaltungsorgan, die Stadtverordneten keine Personen des öffentlichen Lebens. Er fragt sich in Bezug auf Datenschutz, ob ein Einzelner z. B. gegen einen Beschluss auf Übertragung im Internet rechtlich angehen kann. Es gäbe außerdem nicht öffentliche Debatten, die sicher nicht übertragen werden können.

Stv. Apel ist auch dafür, Fachleute einzuladen, aber man müsse auch überlegen, worüber man sich informieren wolle. Sie hält es nicht für so wichtig, bunte Bilder anzuschauen, sondern findet ein textbasiertes Archiv mit einer guten Suchfunktion sinnvoller. Sie geht davon aus, dass damit ein

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 27. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

riesiger Aufwand verbunden ist, fände einen solchen Service aber angenehm. Dort könne man dann Reden auch wieder herausnehmen.

Stv. Manjura geht davon aus, dass zu diesem Thema jeder seine persönliche Meinung habe, hält es aber für eine spannende Sache. Der Ältestenausschuss werde sich in seiner morgigen Sitzung auch mit dem Punkt befassen. Er hält es z. B. für wichtig, wenn das Abstimmungsverhalten dargestellt würde. Niemand wolle aber seine Jungferrede 20 Jahre später auf you tube sehen.

Stv. Göttenauer wirft ein, dass im Main-Kinzig-Kreis eine Übertragung beschlossen wurde und dies mit minimalen Kosten machbar sei. Er geht von einer einmaligen Summe von 1.000 bis 2.000 € aus, jährliche Unterhaltungskosten dürften sich auf 300 € belaufen. Der Persönlichkeitsschutz könnte auch gewährleistet werden (z. B. durch Einsatz eines Buzzers).

Stv. Seipel-Rotter stellt klar, dass es nicht um nicht öffentliche Punkte gehe. Es geht auch nicht um das Filmen des gesamten Saales, nur der Redner soll gefilmt werden. Jeder ehrenamtlich Tätige könne seine Zustimmung zur Übertragung verweigern. Er zitiert aus einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2002, in dem Radiosendern die Übertragung von Sitzungen gestattet wurde. Der Beschluss sei sicher noch gültig, lediglich das Bildmaterial käme noch hinzu.

Stv. Kisseler weist darauf hin, dass eine Beschlussfassung noch nicht gleich die Lösung ist. Er würde gern eine kleine Institution mit der Umsetzung beauftragen - über WIVERTIS sei dies sicher nicht so günstig. Er bittet darum, nicht alles zu vertagen, sondern zumindest dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Lt. Stv. Dumont du Voitel ist Transparenz schön und förderlich. Aber ihr gefallen schriftliche Aufzeichnungen besser. Man müsse auch davon ausgehen, dass es mehr Redebeiträge geben wird, weil es immer Personen gibt, die sich gern vor der Kamera darstellen wollen.

Vors. Spallek erklärt, dass es auch jetzt für Bürger/innen über PiWi möglich ist, sich über alle relevanten Beschlüsse zu informieren.

Die Persönlichkeitsrechte jedes/jeder einzelnen Stadtverordneten müsse man wahren, sie seien keine Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, man könne niemanden zwingen.

Auch die Digitalisierung aller Sitzungsunterlagen sei möglich, aber auch hier könne man niemanden zwingen, damit zu arbeiten.

Die Tonprotokolle, die aufgenommen würden, seien sehr gut verständlich.

Er möchte heute nicht pauschal entscheiden und sieht eher die Zuständigkeit des Ältestenausschusses. Er würde gern den Ältestenausschuss darüber informieren, dass Gesprächsbedarf bestehe und der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration Fachleute einladen möchte.

Stv. Weck gibt zu bedenken, dass alles, was einmal im Netz ist, nicht mehr zurückgeholt werden kann. Menschen seien zudem sehr kreativ, vielleicht gibt es demnächst einen lustigen Clip über die letzte Sitzung.

Eine Empfehlung an den Ältestenausschuss hält er für sinnvoll, möchte aber auch die Diskussion im Ältestenausschuss abwarten.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 27. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Göttenauer erklärt, dass es nicht so einfach ist, das gesprochene Wort in Schrift zu übertragen. Es gibt noch keine perfekte Spracherkennung. Man komme bei einer möglichen Umsetzung hier schnell an sechsstelligen Beträge.

Nach Stv. Seipel-Rotter unterscheiden sich Partybilder, die man ins Netz stellt nicht von der aufgenommenen Rede. Man könnte aber verschiedene Möglichkeiten einbauen.

Vors. Spallek unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag, der auch entsprechend abgestimmt wird:

1. Der Antrag von Linke&Piraten vom 23.08.2011 betr.

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV

gilt als eingebracht.

2. Eine umfassende Beratung soll im nächsten Sitzungszug im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration unter Einbeziehung von Fachleuten erfolgen, wobei alle Teilaspekte (z. B. neben Bildübertragung auch textbasiertes Archiv) beleuchtet werden sollen.

Einstimmig

0083 11-F-03-0061

Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus TV
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2011 -

s. Beschluss Nr. 0082

Einstimmig

0084 11-V-33-0003

Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden

Zu dieser Sitzungsvorlage liegt ein Änderungsantrag von Linke&Piraten und ein in der heutigen Sitzung eingebrachter Änderungsantrag der FDP vor.

Stv. Dumont du Voitel begründet den Änderungsantrag. Man habe erfahren, dass Vereine fremdgesteuert seien. Sie möchte gern wissen, wie man das nachprüfen könne. Es lägen keine Zahlen vor. Wenn ein Verein Zuwendungen aus dem Ausland erhalte, müsse man vorsichtig sein.

Stv. Schickel stellt klar, dass der Ausschuss nicht Fördermittelvergeber ist. Der Ausländerbeirat soll eigenständig sei. Man habe sich aber eine letzte Kontrolle vorbehalten. Nur wer solle kontrollieren, das Dezernat oder der Ausschuss? Man habe sich auf das Dezernat geeinigt. Wenn es Bedenken bei einem Verein gäbe, würde dies neu aufgegriffen. Seine Fraktion lehne die Änderungsanträge ab.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Scholz berichtet, dass es eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat gäbe. Wenn es Unstimmigkeiten gäbe, würde sie dies im Ausschuss vortragen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Stv. Apel weiß, was die FDP mit dem Änderungsantrag erreichen will, aber sie weist darauf hin, dass gerade ein Verein der fremdgesteuert ist, hat vielerlei Möglichkeiten, die Kontobewegungen zu steuern. Der Vorschlag der FDP träfe gerade kleine Vereine, die vielleicht nicht alles darstellen können.

Stv. Delbasteh weist darauf hin, dass der Ausländerbeirat ein politisches Gremium ist. Man werde die Vereine kontrollieren. Erst, wenn alles in Ordnung sei, bekäme diese Geld. Die Vereine müssen auch belegen, wofür das Geld ausgegeben wurde. Es gäbe außerdem noch die Dezernentin.

Vors. Spallek stellt grundsätzlich klar, dass bei weitergehender Kontrolle der Ausländerbeirat obsolet wäre. Man gehe ein gewisses Risiko ein, aber der Ausländerbeirat solle Vertrauen haben können.

Stv. Dumont du Voit war selber Schatzmeisterin eines gemeinnützigen Vereins. Man habe bei der Steuerklärung alles belegen müssen, das müsse doch auch hier möglich sein.

Nach Aussagen von Stv. Manjura hätte man ja auf Projektförderung umgestellt. Man wolle ja, dass die Vereine Geld für Projekte beantragen. Auch dies müsse gut begründet werden. Eine stärkere Kontrolle würde eine Kultur des Misstrauens fördern.

Stv. Seipel-Rotter schließt sich den Ausführungen von Stv. Manjura an. Man möchte diesen Weg auch mitgehen.

Die von Herrn Maierl zu Beginn der Sitzung gestellte Frage zu der Unterstützung von Vereinen wie Milli Görüs wird Frau Stadträtin Scholz schriftlich beantworten.

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Linke&Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP wird gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0085 11-V-10-0019

Verfahrensweise bei Stadtteilpartnerschaften

Lt. Stv. Seipel-Rotter trägt seine Fraktion die Sitzungsvorlage grundsätzlich mit. Aber ein Ortsbeirat könnte sich ein Projekt aneignen, was er nicht stemmen kann.

Lt. Stv. Schickel kann man hier geteilter Meinung sein. Aber ein Ortsbeirat sollte sich grundsätzlich nichts vornehmen, was er nicht stemmen kann. Man sollte sich vorher Gedanken machen, ob man mit der Nutzung der Verfügungsmittel auskommt.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 27. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Spallek berichtet, dass gerade die Stadtteilpartnerschaften diejenigen sind, die am besten laufen. Es gäbe aber keine finanziellen Schwierigkeiten, weil man bei gegenseitigen Besuchen in Familien übernachtet.

Wenn es dann z. B. zu einem speziellen Jugendaustausch käme, würde die LHW einspringen.

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Linke&Piraten abgelehnt.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0086 Bericht der Dezernentin

Stadträtin Scholz stellt sich vor. Sie hat den Bereich Integration von Frau Stadträtin Zeimetz übernommen.

Einstimmig

0087 Verschiedenes

Vors. Spallek berichtet, dass ein 2. Anlauf für die Sitzung des Sonderausschusses Namen öffentlicher Einrichtungen im November geplant sei.

Stv. Dumont du Voitel schlägt vor, eine der nächsten Sitzung im buddhistischen Zentrum in Wiesbaden stattfinden zu lassen.

Stv. Schickel bittet zu bedenken, dass eine Sitzung auch durchaus in einer christlichen Gemeinde stattfinden kann.

Einstimmig

Wiesbaden, 10.2011

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba